

„Neue Demokratieformen“

Diskussionsstand im BUND

Beitrag zu Verbandskonferenz des BUND am 24. März 2021

Dr. Joachim H. Spangenberg

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des BUND

Scientific Committee der Europäischen Umweltagentur EEA

Stv. Vorsitzender Sustainable Europe Research Institute SERI-DE

<http://seri.academia.edu/JoachimHSpangenberg>

<https://www.researchgate.net/profile/Joachim-Spangenberg>

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland





0. Vorbemerkung

Schreibwerkstätten und BUND

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Die Impulse der Schreibwerkstatt...

- ...sind ein **Denkanstoß** für den BUND, seinen wissenschaftlichen Beirat und andere Gremien. Danke dafür!
- Sie sind **unabhängig** von unserer Arbeit entstanden, und deshalb ist es besonders erfreulich, dass sie in vielen Punkten zu **ähnlichen Ergebnissen** kommen wie wir, an denen wir auch **gemeinsam weiterarbeiten können**.
- In einigen Punkten sind wir als Wissenschaftlicher Beirat des BUND **anderer Auffassung**. Auch das sind wertvolle Einsichten, denn sie helfen uns, unsere Position zu **reflektieren**.
- Deshalb werde ich im Folgenden **Gemeinsamkeiten** ebenso darstellen wie Themen, die eher **diskussionsbedürftig** oder **kontrovers** sind.
- Unser Ziel ist es, **mit diesen Verbandskonferenzen einen Dialog zu eröffnen**, zum dem auch weitere Interessierte aus dem BUND eingeladen sind.



1. Demokratie und BUND

Selbstverpflichtung und Kampfaufgabe

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Demokratie ist für uns eine interne Verpflichtung

Der BUND ist ..

- Föderal, von Orts- und Kreisgruppen über Landesverbände bis zum Bundesverband und international (FoEI, FoEE)
- Basisdemokratisch – alle Mitglieder können mitbestimmen, Anträge an die LDV und BDV stellen
- Zwischen den Bundesgremien (Vorstand, Verbandsrat, Wissenschaftlicher Beirat) herrschen „Checks and Balances“
- Generationenübergreifend, mit einer starken Rolle der BUNDjugend (aber Verbesserungsbedarf im Verband)
- Bemüht um Inklusivität und Diversität (Gleichstellungs- und Diversitätskommission, Verhaltenskodex)

Demokratie ist für uns eine externe Aufgabe

Der BUND ist beteiligt an:

- Beteiligungsverfahren
 - Anhörungsverfahren
 - Kommissionen, Räten, Beiräten, Begleitkreisen,...
- ⇒ Wir wehren uns gegen den Abbau und die Aushöhlung von Beteiligungsrechten, Missachtung EU-rechtlicher Vorgaben und der Århus-Konvention (die Deutschland nie wollte),
- ⇒ obrigkeitsstaatliches „durchregieren“ aller Parteien,
- ⇒ ein für einseitige, oft wirtschaftliche Interessen monopolisiertes Gutachter(un)wesen, und
- ⇒ ‚Beteiligungs‘-Formen die nicht dialogisch und ergebnisoffen sind, einschließlich der ‚Null-Variante‘

Wir wehren uns ...

Formal

⇒ mit Einsprüchen, Einwendungen etc.

Politisch

⇒ durch Medien- und Öffentlichkeitsarbeit,
Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Aktionen,...

Juristisch

⇒ durch Klagen (den Hambli-Rodungsstopp hat der BUND vor Gericht durchgesetzt).

Aktivierend

⇒ durch die Organisation von oder Unterstützung für
Bürger*innenbegehren und Volksentscheide z.B.
Rekommunalisierung in Hamburg, Bienenschutz in
Bayern.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Impulse

- Das Papier der Schreibwerkstatt spricht viele Probleme an, die uns auch umtreiben.
- Das ermutigt uns in vielem, was wir getan haben, und bietet Anknüpfungspunkte für eine Fortentwicklung.

Was noch fehlt sind Lösungsvorschläge, die wir als Verband konkret angehen und durchsetzen könnten.

Diese müssen sicher – wie vorgeschlagen – auch die gesellschaftlichen Strukturen betreffen, dürfen aber die heute notwendige Verteidigung bestehender Teilhabe nicht vernachlässigen.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



2. Demokratie sichern heute!

Konkrete Forderungen des BUND

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Wir wollen ...

- ⇒ Ein transparentes, umfassendes öffentliches Lobbyregister,
- ⇒ den ‚legislativen Fußabdruck‘ für alle Rechtsakte,
- ⇒ Rücknahme von ‚Planungsbeschleunigungsgesetzen‘, keine Planungsbeschlüsse durch Parlamente,
- ⇒ Ausbau der Möglichkeiten, administrative Entscheidungen gerichtlich überprüfen zu können,
- ⇒ keine Fake-Beteiligungen (zu wenig, zu spät, keine Null-Variante,...).

In all diesen Punkten sehen wir **große Übereinstimmung mit dem Impulsen der Schreibwerkstatt und würden gerne **gemeinsam an der Umsetzung arbeiten.****

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Dann wollen wir...

- ⇒ Ex-ante Gesetzesfolgenabschätzungen und Gesetzesvorlagen, bei denen nicht in 99% der Fälle steht „Alternativen: keine“.
- ⇒ Frühzeitige, partizipative Technikfolgenabschätzungen.
- ⇒ Wirkungsanalysen von Gesetzen und Novellen, mit Monitoring, ex-post Evaluierung und der Option einer Rücknahme wenn die versprochenen Ergebnisse nicht eingetroffen sind (z.B. Datenschutz).
- ⇒ Zurückdrängung der Wirtschaftsbeteiligung in Gremien auf die Bereiche, die einer jeden gesellschaftlichen Gruppe zustehen und wo auch Zivilgesellschaft sitzt.

All das muss transparent, partizipativ und interdisziplinär erfolgen, unter Einbezug von Öffentlichkeit, Sozial- und Humanwissenschaftler*innen.

Diskussionsfragen

- Viele der beschriebenen Probleme sind eher **Symptome des Gesellschafts- und Politiksystems**, nämlich eines noch immer nicht überwundenen **Obrigkeitsstaates**, als des Wirtschaftssystems.
- Welche Rolle spielen **Marktwirtschaft, Kapitalismus** allgemein, der vorherrschende neoliberal-globalisierte Turbokapitalismus, **Finanzialisierung** etc. für die **Demokratisierung der Gesellschaft**?
- Welche Maßnahmen müssten zentrale Elemente einer sozial-ökologischen Transformation sein? Ökologisch sicher Degrowth/Postwachstum, sozial sicher mehr Verteilungsgerechtigkeit – **demokratisch gibt es noch keinen gesellschaftlichen Konsens.**

3. Das sollten wir diskutieren

Repräsentationsverfahren

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Beteiligungsverfahren

Völlig d'accord: „Die Einmischung in die Politik [...] erfordert von Bürger*innen Ressourcen (Zeit, in der die Grundbedürfnisse gesichert sind, sprachliche/kognitive Fähigkeiten, Informationen,...). Diese besitzen jedoch nicht alle in gleichem Maße.“

Aber wie lösen wir diese Probleme?? Ich habe noch keine Antwort...

Problem Ressourcen: In einer pluralistischen Gesellschaft wird es immer eine uneinheitliche Ressourcenverteilung geben. Das kann durch Fördermaßnahmen abgeschwächt, aber nicht beseitigt werden (wie bei der Normung gelungen). Teilhabe wird immer Ressourcen erfordern, und bei größeren Projekten (Volksabstimmungen etc.) Organisation – z.B. durch den BUND.

Problem Exklusion durch Inklusion: neue Beteiligungsformen schwächen immer den Einfluss derer, die nicht auf sie zugreifen (können). Wer entscheidet wie Einfluss umverteilt werden soll, wer profitiert, wer verliert? Das gilt auch für das „digitale Upgrade der Demokratie“, Online Bürger*innenbeteiligung, Stimmungsbilder und Vorschlagswesen. Im Netz ist die soziale Unausgewogenheit noch höher als in 3D.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Vision 4. Gewalt

Herausforderung: Parlamentarische Demokratie ergänzen ist sicher notwendig, „Konsultative“ nach irischen Erfahrungen ein Vorschlag.

Vision: Bürger*innenräte/Zukunftsräte in jeder Nachbarschaft, jedem Stadtviertel, jeder Kommune, Region, im Bund, dazu thematische Räte zu konkreten politischen Plänen, aber auch zur Lebens- und Konsumweise.

Offene Fragen: Wird die Teilnahme freiwillig sein, oder wie bei Schöffen Pflicht (mit begründeten Ausnahmen)? Wenn freiwillig, wer sichert dauerhaft die Repräsentativität? Denn das **Problem Ressourcen** bleibt unverändert.

Problem Ablauf: woher der Optimismus, dass

- alle gleichermaßen gehört werden? Alle Erkenntnisse der sozialen Prozesse in Gruppen sprechen dagegen.
- Kompromisse gefunden werden? In Beteiligungsverfahren gibt es oft Siege und Niederlagen (Kohlekommission: 2038 war kein Kompromiss).
- die Ergebnisse auch umgesetzt und so die Demokratie gestärkt wird? Unsere Erfahrungen (z.B. Kohlekommission) warnen uns da...

Vorschlag: gemeinsam die **französischen Erfahrungen** auswerten betreffs Themen, Zusammensetzung, Dauer, Alimentierung, Moderation, Ergebnissen und deren politischer Wirksamkeit.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Beteiligungsformen

„Im Sinne der Volkssouveränität ist es zwingend notwendig, eine Vertretung kommender Generationen und der Umwelt im Parlament zu schaffen.“

Problem ist Nichtexistenz: Zukünftige Generationen (zu Kindern s.u.) existieren noch nicht, können also keine Vertreter*innen bestimmen. Natur und Umwelt können nicht wählen, können keine selbstgewählten Vertreter*innen bestimmen.

Risiko ist Selbstermächtigung: Den Anspruch, die Sprachlosen zu vertreten, erheben nur die hier und heute Engagierten – und die Interessengruppen werden sich das Mandat streitig machen. **Bauern- und Waldbesitzerverbände als Sprecher*innen der Natur?**

Versicherungskonzerne sprechen für zukünftige Generationen? Ein mögliches Recht auf Vertretung mobilisiert dieselben Macht- und Interessengruppen, die heute eine zukunftsfähige Politik verhindern.

Mögliche Alternative, Diskussionsvorschlag: eine „Zukunftskammer“ beim Parlament, mit Vertreter*innen gesellschaftlicher Gruppen und dem Recht, beschlossene Rechtsakte einmalig dem Parlament zurückzuverweisen, das Einwände annehmen oder begründet ablehnen kann.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



4. Planetare Grenzen

Wie durchsetzen?

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Fußabdruck und neue Wohlfahrtsmodelle

Völlige Zustimmung: Wir brauchen eine massive Verringerung unseres „Fußabdrucks“, und dazu nicht nur staatliche Beschränkungen sondern auch neue Wohlfahrtsmodelle und Wohlstandsvorstellungen.

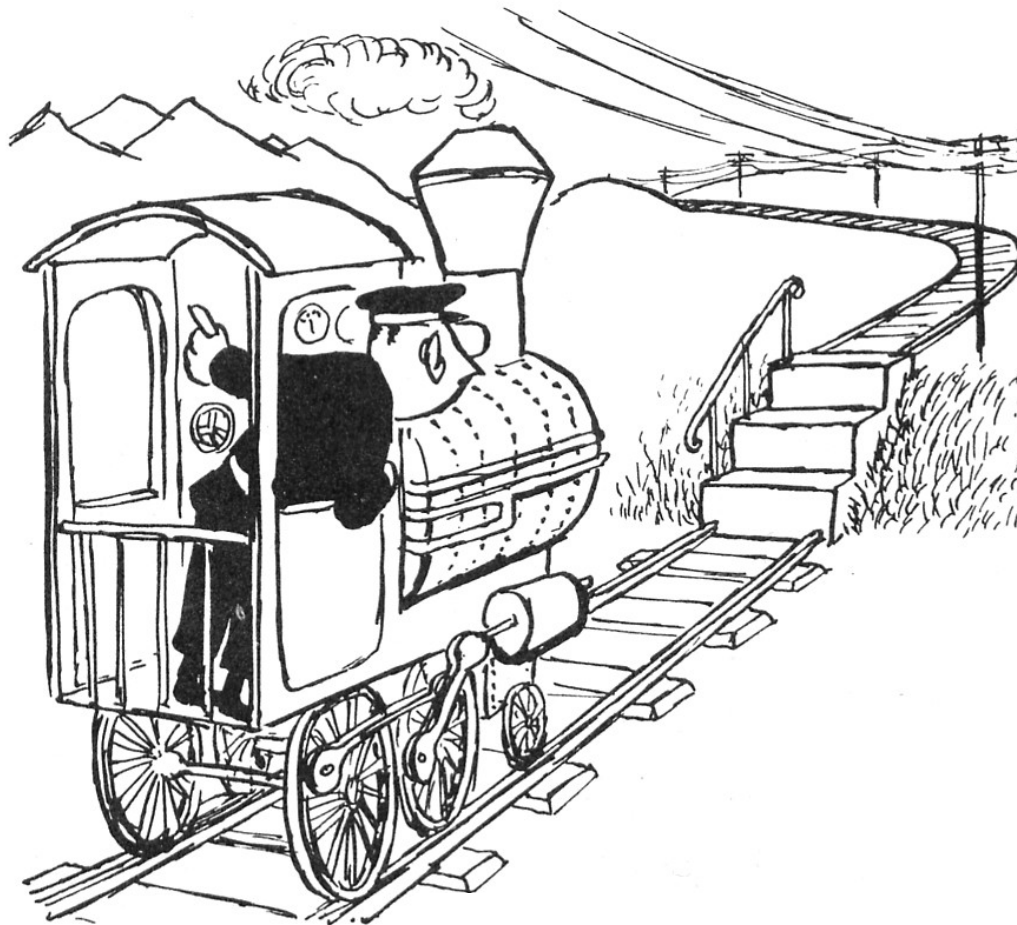
So fordert der BUND seit 25 Jahren (ZD 1&2), konkret:

- Ende der Nutzung fossiler Energieträger (bis 2030).
- Halbierung des Primärenergieverbrauchs (bis 2040).
- Ende der Flächenversiegelung (bis 2030).
- Abbau des „Flächenimports“ aus dem Süden
- Halbierung des Ressourcenverbrauchs (bis 2040).

Das haben wir nicht durchgesetzt. Damit bleibt die Herausforderung: Wie überzeugt man die Profiteur*innen der Situation, auf ihre Privilegien zu verzichten? **Es geht um Wertewandel, um die Änderung von Praxen, um kollektive Prozesse die Druck auf die Strukturen erzeugen und Änderungen erzwingen.** Bls (1970er), LA21 (1990er), Transition Towns (2010er) sind nicht über ihre Nische hinausgekommen: wie erreichen wir ein Umdenken und anderes Handeln der Mehrheit?

⇒ **Neue Ideen willkommen, Diskussion dringend notwendig!**

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Der Weg zu einer zukunftsfähigen, ökologischen, sozialen und demokratischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wird auch bei bestem Bemühen noch voller Überraschungen sein, die eine **Zusammenarbeit** erfordern und auf neue **Impulse** angewiesen sind.

Dr. Joachim H. Spangenberg

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des BUND

<https://www.researchgate.net/profile/Joachim-Spangenberg>